

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 41 vom 15.02.2012

Einführung eines brandenburgischen Lobbyregisters

Dr. Saskia Ludwig: Letzte linke Landesregierung verschleppt, verwässert und verhindert Transparenzinitiative im politischen Raum

Die Fraktionen der SPD und Linke haben heute erneut gezeigt, dass sie nicht ernsthaft daran interessiert sind, für mehr Offenheit und Transparenz in der Politik zu sorgen. Heute wurde erneut von der Regierungskoalition aus SPD und Linke versäumt, das von ihnen auf Druck der CDU beschlossene Lobbyregister voranzubringen. Die CDU-Fraktion setzt sich seit langem für mehr Transparenz in politischen Prozessen ein, sämtliche Initiativen wurden jedoch von der letzten linken Landesregierung abgelehnt. Dazu sagt Dr. Saskia Ludwig, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg:

„Transparenz in politischen Prozessen ist gerade für Brandenburg wichtig - wie die Skandale und Verwicklungen in den letzten Monaten immer wieder gezeigt haben. Die märkische Unionsfraktion setzt daher auf Transparenz und Offenheit in der Politik – jeder Brandenburger soll die Möglichkeit haben, sich über politische Entscheidungsprozesse zu informieren. Dazu gehört auch ein verbindliches Lobbyregister, in das sich Interessenvertreter eintragen sollen.“

„Die letzte linke Landesregierung muss sich endlich zu den eigenen Beschlüssen bekennen, Versprechen einhalten und nicht weiter hinter verschlossenen Türen Politik machen. Mit ihrer jetzigen Taktik verschleppt und verhindert sie den Weg für transparentere politische Entscheidungsprozesse. Mehr Offenheit in der Politik ist ein Muss für Brandenburg, wenn es um Fragen der Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des politischen Handelns geht. Dazu ist es notwendig offenzulegen, wer gegenüber der Regierung und dem Parlament Interessen vertritt.“

Zum Hintergrund:

Gesetzesentwürfe und Anträge der CDU-Fraktion für mehr Transparenz:

- Oktober 2010: Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion: „Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Land Brandenburg (Transparenzgesetz)“ (Drs. 5/2226) - abgelehnt
- Februar 2011: Antrag der CDU- und FDP-Fraktion „Transparenz bei sozialem Engagement in Brandenburg“ (Drs. 5/2809) – von Rot-Rot abgelehnt
- März 2011: Antrag der CDU-Fraktion „Transparenz bei Lobbyarbeit - Ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Brandenburg!“ (Drs. 5/2936) – von Rot-Rot abgelehnt, Annahme Entschließungsantrag (Drs 5/2983)
- Juni 2011: Antrag der CDU-Fraktion „Transparenz bei dem Einsatz externer Berater herstellen“ (Drs. 5/3369) – von Rot-Rot abgelehnt
- August 2011: Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion „Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Land Brandenburg (Transparenzgesetz)“ Ablehnung Gesetzesentwurf, Annahme Entschließungsantrag Drs 5/3919

